

Kurzbericht aus der Sommersession 2009

Die Sommersession 2009 dauerte vom 25. Mai bis 5. Juni. Dabei gab es nicht nur draussen hohe Temperaturen, mitunter ging es auch im Bundeshaus hitzig zu und her.

1. Woche: Buchpreisbindung

Im Nationalrat war aufgrund einer parlamentarischen Initiative die Frage traktandiert, ob die Bücherpreise dem uneingeschränkt freiem Wettbewerb ausgesetzt sein sollen, oder ob das Buchpreisniveau in der Einführungsphase eines neuen Buches aus kulturpolitischen Überlegungen mit einer **Buchpreisbindung** gestützt werden soll.

Die Idee ist, dass Verleger oder Importeure für mindestens 18 Monate die Buchpreise verbindlich festlegen können. Dies sollte dann erlauben, mit den gut laufenden Büchern die weniger erfolgreichen mitzufinanzieren.

Diese Frage der Buchpreisbindung wurde vom Nationalrat überraschend deutlich zu Gunsten der festen Bücherpreise entschieden. Die SP-Fraktion war dafür und selbst ein gutes Drittel der SVP-Fraktion stimmte zu. Anderer Meinung war der Bundesrat, der die Bücherpreise bereits frei gegeben hatte. Er wird nun zurückgepfiffen. Insbesondere der Buchhändlerverband setzte sich für die Preisbindung ein. Ein Buch ist eben keine Ware wie jede andere. Es geht damit immer auch ein Stück Kultur über den Ladentisch. Und Kultur hat bekanntlich seinen Preis.

Der Beschluss des Nationalrates ist allerdings nicht ganz konsequent: Der Internethandel wird von der Regulierung nicht erfasst, weil dies zu kompliziert sei. Damit können die festen Preise im Inland via Internetverkauf vom Ausland aus teilweise umgangen werden.

2. Woche: Premiere am Rednerpult und solare Ideen

Zu Beginn der zweiten Woche kam es zu einem **ausserordentlichen Sessionstag zum Strafrecht**. 85 Vorstössen im Bereich Strafrecht standen auf der Traktandenliste. Die Themenfächerung der Vorstösse ging von der Fragestellung über die Wirkung von Geld- statt Haftstrafen über die Bekämpfung der Internetkriminalität bis zur Raserei auf den Strassen. Die Debatte wurde im Vorfeld angeheizt durch Medienberichte über die Schweizer „Kuscheljustiz“ und ähnliches. In der Schlussbilanz wurden dann auch einige Vorstösse überwiesen, die eine Verschärfung des Strafrechtes verlangten. Insbesondere durch höhere Strafen oder beispielsweise ein künftiges Verbot von sogenannten „Killerspielen“. Die SP betonte, dass es mit Repression und Verschärfung des Strafrechtes alleine nicht getan sei. Es braucht auch genügend Mittel für Prävention und Opferhilfe.

Mich persönlich führte die Strafrechtsdebatte zum **Premierenauftritt am Rednerpult**. In den vorgegebenen 3 Minuten nahm ich namens der SP-Fraktion grundsätzlich Stellung zur Raserthematik und warb für meine eigene Motion betreffend Führerausweisentzug nach tödlichen Unfällen bei grober Verletzung der Verkehrsregeln, die ebenfalls traktandiert war. Meine Motion wurde leider mit 80 zu 98 Stimmen abgelehnt.

Ebenfalls in die zweite Sessionswoche viel der **Fraktionsausflug**. Unser „Sommerreisli“ führte uns in die rot-grün regierte Stadt Biel. Dort empfing uns Nicolas Hayek zu einem Apéro und einer kurzen Gesprächsrunde. Danach besuchten wir die Firma Sputnik Engineering. Diese Firma wurde 1991 gegründet und produziert am Standort Biel -zu meiner Freude unter dem Produktnamen „**SolarMax**“- Wechselrichter für netzgekoppelte Solarstrom-Anlagen. Es war eindrücklich zu sehen und zu hören, wie aus der ehemaligen Zwei-Mann-Werkstatt eine Unternehmung mit rund 200 Mitarbeitenden geworden ist. Die Firma glaubt an die Zukunft der Sonnenkraft und investiert weiter in ihre Produkte und die Erschliessung zusätzlicher Märkte.

3. Woche: ALV unter Druck, IV-Finanzierung verschoben, Hundegesetz, ciao Couchepin und Schweizer Elitesoldaten auf hoher See?

Die Sozialversicherungen geraten unter Druck. Dies ist gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise besonders problematisch. Denn die Sozialversicherungen sind ein wichtiger Stabilisator zum Erhalt der Kaufkraft.

Gegen die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen haben wir bereits erfolgreich das Referendum ergriffen. Nun könnte auch ein Referendum zur geplanten Revision der **Arbeitslosenversicherung** (ALV) notwendig werden. Der Ständerat hat nämlich in der Sommersession die Revision der ALV mit höheren Beiträgen und schlechteren Leistungen abgeschlossen. Die vom Ständerat gutgeheissene ALV Revision sieht unter anderem vor, dass die Taggeld Bezugsdauer enger an die Beitragszeit gekoppelt wird:

Wer 12 Monate einbezahlt, soll neu nur noch 260 Taggelder beziehen können. Nur wer 18 Monate und länger hintereinander ALV-Beiträge zahlte, soll weiterhin 400 Taggelder erhalten. Über 55-Jährige sollen neu mindestens während 22 Monaten einbezahlt haben, um noch 520 Taggelder zu bekommen. Sonst werden die Taggelder auf 400 Tage reduziert.

Das liegt nun wirklich quer in der Landschaft. Wann, wenn nicht gerade jetzt, benötigen wir eine gute und leistungsfähige Arbeitslosenversicherung?

Die Vorlage zur **Finanzierung IV** kommt im 27. September vor das Volk. Nachdem bei der IV schon mehrfach auf der Leistungsseite gekürzt wurde, braucht es nun zur Sanierung auch einen Beitrag auf der Einnahmeseite. Dazu soll die Mehrwertsteuer um 0,4 % erhöht werden. Um einen negativen Effekt auf die Konjunktur zu verhindern, wird die Inkraftsetzung von 2010 auf 2011 verschoben. Dazu bot auch die grosse Mehrheit der SP-Fraktion Hand. Die Schweiz steckt mitten in einer Rezession. Die private Nachfrage darf nicht zusätzlich geschwächt werden.

Zu einem der emotionalen Höhepunkte der Sommersession kam es bei den Beratungen zum **Hundegesetz**. Zu den 18 Artikeln im neuen Gesetz wurden mindestens ebenso viele Anträge eingereicht. Der Antrag auf Diskussion der Anträge wurde aber vom Rat nicht genehmigt, was dann zu sonderbaren Situation führte, dass über Anträge abgestimmt werden musste, die weder begründet noch diskutiert werden konnten.

Letztlich überstand das vorliegende Hundegesetz des Bundes die Schlussabstimmung unverändert. Es enthält die wichtigsten Bestimmungen um die Haltung und den Umgang mit Hunden zu regeln. Ich meine, wir sollten es nun bei diesem Hundegesetz auf Bundesebene belassen und nicht noch ergänzend 26 verschiedene kantonale Hundegesetze einführen.

Bundesrat Couchepins Rücktritt am Freitag des letzten Sessionstages kam für mich und viele im Saal überraschend. Im Nationalratssaal kam es spontan zu einem stehenden Applaus. Böse Zungen munkelten, einige hätten auch aus Erleichterung geklatscht. Couchepin war nicht unumstritten und provozierte öfters.

Aufgrund seines Rücktritts erheben nun mindestens drei, wenn nicht vier Fraktionen Anspruch auf einen Bundesratssitz: Die FDP-Liberale Fraktion, die CVP-GLP-EVP Fraktion, die SVP-Lega Fraktion und eventuell auch die Grüne Fraktion.

Die SP-Fraktion wird die Kandidaturen für den frei werdenden Bundesratssitz abwarten und das weitere Vorgehen an einer Fraktionssitzung nach den Sommerferien beraten. Auf Grund der eingehenden Vorschläge der Parteien werden wir dann die Nachfolgefrage in der Fraktion diskutieren. Bis dahin beabsichtigen wir, keine abschliessende Position zum Anspruch der Parteien noch zu den einzelnen Kandidat/innen zu nehmen.

In der letzten Sessionswoche sprach sich die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates in einem Mitbericht gegen eine Beteiligung der Schweiz an der sogenannten ATALANTA-Mission, also den **geplanten militärischen Anti-Piraten-Einsatz** vor der Küste Somalias, aus.

Die Sicherheitspolitische Kommission selbst entschied sich an einer zweitägigen Kommissionssitzung gleich im Anschluss an die Sommersession mit 15:11 Stimmen für den Einsatz. Die SP brachte in der Kommission einen Antrag durch, der verlangt, dass ein militärisches Engagement der Schweiz vor den Küsten Somalias auch mit einem Engagement für den Wiederaufbau im Land selber verknüpft werden müsse. Ein zweiter SP-Antrag, sich an der Mission nur mit Sanität, Logistik und Justiz, nicht aber mit Elitesoldaten zu beteiligen, scheiterte leider. Der definitive Entscheid in Sachen Anti-Pirateneinsatz der Schweiz auf hoher See wird dann in der Herbstsession fallen.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, im Juni 2009